

Dein Update

Wir im Bund. Wir im Land. Wir im Kreis Bergstraße.



Ausgabe Februar 2023: Themen im Land Hessen

Ein starker Staat bewältigt auch große Krisen – Gemeinsam gegen die gesellschaftliche Spaltung

Der Hessische Landtag hat heute darüber debattiert, wo Hessen und Deutschland nach drei krisenhaften Jahren stehen, in denen erst die Corona-Pandemie und dann der Überfall Russlands auf die Ukraine die Gesellschaft verändert haben.

In der Plenaraussprache betonte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, dass vor allem die Arbeit der SPD-geführten Bundesregierung und des Bundeskanzlers dafür gesorgt habe, das Land gut durch die Krise zu führen. Rudolph sagte:

„Die Ampel-Koalition in Berlin und Bundeskanzler Olaf Scholz haben bewiesen, dass der deutsche Staat handlungsfähig und imstande ist, auch und gerade in schwierigen Zeiten Orientierung in Sicherheit zu geben. Die Bundesregierung hat beispielsweise schnell und kraftvoll darauf reagiert, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine eine Preisexplosion bei Gas, Öl, Benzin und Strom ausgelöst hat. Sie hat die Menschen zielgenau mit vielen Milliarden entlastet und gezeigt, dass es einen starken, leistungsfähigen Staat braucht, um große Lasten abzufedern und gerecht zu verteilen.

Wo dennoch Korrekturen erforderlich sind, muss man sie vornehmen – denn auch das gehört zur Demokratie: Dass diejenigen, die in verantwortungsvolle Ämter gewählt sind, sich und ihr Handeln stetig hinterfragen und es korrigieren, wenn das erforderlich ist.

Gerade in Krisenzeiten müssen sich die Demokratinnen und Demokraten gegen die wehren, die versuchen, die Gesellschaft zu spalten. Gruppierungen wie die AfD versuchen, große Probleme auszunutzen, um den Staat, seine Institutionen und seine Repräsentanten herabzuwürdigen, verächtlich zu machen und zu schwächen. Das ist schändlich und schädlich. Und wir müssen uns als die Vertreterinnen und Vertreter der demokratischen Parteien gegen alle Bestrebungen wehren, die Demokratie zu schwächen und dem friedliche Miteinander in unserem Land zu schaden.

Denn unser Land ist stark, unsere politischen und sozialen Systeme funktionieren stabil, das haben die zurückliegenden drei Krisen-Jahre bewiesen. Unser Auftrag als Demokraten ist es, dass das so bleibt.“

Flächendeckendes Krebsregister unterstützt Erkennung, Behandlung und Heilung der Krankheit

Anlässlich der Ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur Änderung des Hessischen Krebsregistergesetzes stellte die Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Dr. Daniela Sommer, fest: „Mit dem Krebsregistergesetz lässt sich die Behandlung und im Idealfall die Heilung einer der häufigsten und heimtückischsten Erkrankungen verbessern. So werden die klinische und epidemiologische Krebsregistrierung besser aufeinander abgestimmt. Das trägt auch zur Umsetzung des Nationalen Krebsplans bei. Die Erfassung und Auswertung von Daten wird bundesweit vergleichbarer. Auch können die Daten für die Behandlung durch einen besseren Zugriff für die behandelnden Ärzte und Krankenhäuser besser genutzt werden. All diese Maßnahmen werden im Kampf gegen den Krebs helfen.

Bereits bei der letzten Novellierung sind jedoch auch die Schwächen des Gesetzes benannt worden, was die Landesregierung jedoch nicht zu Nachbesserungen ermunterte. Daher hoffen wir fest auf das nun erneut anstehende Verfahren der Gesetzesberatungen. Hier geht es insbesondere um eine Verbesserung der Verfahren, den Abbau unnötiger bürokratischer Hürden sowie Fragen der Finanzierung. Der zusätzliche Mehraufwand in den Personal- und Sachkosten muss endlich angemessen berücksichtigt werden, damit Hessen ein vollständiges, gutes und flächendeckendes Krebsregister gewährleisten kann. Zudem muss der Ausbau der Forschungsprojekte, aber auch einer guten, flächendeckenden Versorgung oberste Priorität haben. Daran müssen alle gemeinsam weiterarbeiten, denn noch sterben viel zu viele Menschen an Krebs. Gerade Betroffene, die immer wieder den Kampf gegen den Krebs von Neuem beginnen müssen, können auf diese Weise eine optimierte Unterstützung erfahren.“

Unter Innenminister Beuth kommt die hessische Polizei nicht zur Ruhe

Der Hessische Landtag hat heute in einer Aktuellen Stunde über die personellen Verwerfungen im Polizeipräsidium Frankfurt debattiert.

In der Plenaraussprache sagte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Heike Hofmann:

„Die plötzliche Abberufung des kommissarischen Abteilungsleiters ‚Einsatz‘ im Polizeipräsidium Frankfurt ist ungewöhnlich und irritierend, denn der abberufene Beamte wurde ja vor noch nicht allzu langer Zeit mit Zustimmung des gesamten schwarzgrünen Kabinetts in sein Amt eingesetzt. Öffentlich wurde er sogar als ‚Vorzeigebeamter‘ beschrieben. Und nun soll er plötzlich das Vertrauen seiner Vorgesetzten in einem Maße verloren haben, dass seine sofortige Entfernung aus dem Amt rechtfertigen soll? Das muss der Minister erklären, denn es ist nicht vorstellbar, dass der Frankfurter Polizeipräsident – der ein politischer Beamter ist – eine solche Personalentscheidung exekutiert, ohne Rücksprache mit dem Minister zu halten, der ihn eingesetzt hat. Und es

war ja genau dieser Minister, der den plötzlich in Ungnade gefallen Beamten zum Sonderermittler im NSU-2.0-Komplex gemacht und dabei noch in den höchsten Tönen gelobt hat.

Den Verdacht, dass es um mehr als einen Vertrauensverlust zwischen einem hochrangigen Polizeibeamten und dessen Vorgesetzten geht, dass vielmehr auch Politik im Spiel sein könnte, hat der Innenminister bisher nicht ausräumen können.

Klar ist nur eines: Unter diesem Innenminister kommt die hessische Polizei nicht zur Ruhe.

Als der Innenausschuss in dieser Woche über das Thema beraten hat, hat der Minister etliche Fragen und Nachfragen unklar, ausweichend oder gar nicht beantwortet. Da auch innerhalb der hessischen Polizei großes Unverständnis über die Personalie herrscht, werden zwangsläufig einen neuen Berichts Antrag stellen, auf den der Minister gegebenenfalls in einer Sondersitzung des Innenausschusses antworten muss.“

Weitere Themen:

Landessozialbericht: Zur Kenntnis nehmen reicht nicht – Handeln ist notwendig

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2023/02/16/landessozialbericht-zur-kenntnis-nehmen-reicht-nicht-handeln-ist-notwendig/>

Mindestwassererlass: Kurs der hessischen Landesregierung gegen die Wasserkraft war nicht mehr haltbar

<https://www.spd-fraktion-hessen.de/2023/02/13/mindestwassererlass-kurs-der-hessischen-landesregierung-gegen-die-wasserkraft-war-nicht-mehr-haltbar/>